

Landesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen Berlin 24. März 2012

Eingereicht von:

LAG Energie

Gegenstand:

Antrag

V-08-neu

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Zerstörerische Braunkohlenutzung schrittweise beenden

- 5 Wir solidarisieren uns mit der Bevölkerung in der Lausitz, die von Abaggerung und Zwangsumsiedlung bedroht ist und setzen uns für einen sozial-ökologischen Strukturwandel der Energieregion Berlin-Brandenburg ein.

Die klimaschädliche Braunkohlenutzung zerstört Lebensgrundlagen lokal und international.

- 10 Nicht erst seit dem Scheitern der in den letzten Jahren auch von der brandenburgischen Landesregierung verfolgten CCS-Strategie wird deutlich, dass es keine saubere und umweltfreundliche Braunkohlenutzung geben kann, sondern nur einen vollständigen Ausstieg aus dieser Natur und Klima schädigenden Energieform.

- 15 Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb den Senat auf, die Braunkohleverstromung im Kraftwerk Klingenberg spätestens bis 2016 endgültig zu beenden und verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um durch rechtlich verbindliche Vereinbarungen auf Gas und erneuerbare Energien umzusteigen.

- 20 Das Land Berlin hinkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinterher und belegt im Bundesländervergleich der Agentur für Erneuerbare Energien regelmäßig die letzten Plätze. Hier wird das Potential für eine saubere, sichere und teilhabebasierte Energienutzung brach liegengelassen.

100 Prozent Erneuerbare Energien statt Braunkohle

- 25 Eine Fortführung der Braunkohlenutzung ist auch deshalb nicht sinnvoll, da der gesamte Strombedarf der Region Berlin-Brandenburg bis spätestens 2030 zu 100% aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Den bundesweiten Ausstieg aus der Atomkraft wollen wir durch einen

beschleunigten Umstieg auf umweltfreundliche erneuerbare Energien meistern. Die Region Berlin-Brandenburg könnte hier Vorreiter werden. Keinesfalls darf der Atomausstieg zum Vorwand werden, die Braunkohle als unverzichtbar darzustellen und ihre Nutzung zu forcieren. Das dient
30 alleine dem Gewinn bekannter Konzerne, es nützt jedoch nicht der Allgemeinheit. In einer Situation in der auch die Landesregierungen von NRW, Sachsen, Sachsen-Anhalt unter Druck geraten langfristige Vereinbarungen über den Abbau und die Nutzung der Braunkohlevorkommen zu unterzeichnen, wäre es zudem ein politisch desaströses Signal, wenn Brandenburg die Braunkohlenutzung sogar noch ausweitet. Die Relevanz des Klimaschutzes würde schrittweise ausge-
35 hebelt werden.

Keine neuen Braunkohletagebaue und neuen Braunkohlekraftwerke genehmigen

Neue Braunkohlekraftwerke zu genehmigen und neue Tagebaue zu erschließen hieße, dass Umweltverschmutzung und -zerstörung für Jahrzehnte zementiert und notwendige Investitionen in
40 eine nachhaltige Energiewende erneut fehlgeleitet werden. Unabhängig davon, ob dem Kraftwerksbetreiber dabei das Freisetzen der klimaschädlichen CO₂-Emissionen in die Atmosphäre oder die Verpressung der Gase im Untergrund mit Hilfe der umstrittenen CCS-Technologie genehmigt wird, bedroht die Braunkohleverstromung die Lebensräume in der Lausitz sowie die lebenswichtige Versorgung mit sauberem Wasser in Brandenburg und Berlin.

45

Braunkohlenutzung dient nicht dem Allgemeinwohl

Grundstücksenteignungen, Zwangsumsiedlung und die Zerstörung der Natur sind heute nur deshalb möglich, weil die Braunkohlenutzung in Brandenburg durch den Gesetzgeber als einem übergeordneten Gemeinwohl dienend eingestuft wird. Das ist im Angesicht Möglichkeit der
50 Energieversorgung durch 100 Prozent erneuerbare Energien und des insbesondere durch fossile Verbrennung ausgelösten Klimawandels nicht nachvollziehbar. Zwangsenteignungen für Braunkohle-Tagebaue fehlt heute jede Legitimation. Die gewaltsame staatliche Durchsetzung von Braunkohletagebauen verletzt eine ganze Reihe elementarer Grundrechte, zerstört wertvolle Kulturgüter und bedroht den Lebensraum der Sorbischen Minderheit. Angesichts der hohen Ex-
55 portquote von Brandenburger Braunkohlestrom erscheint es doppelt absurd, wenn zur Versorgung anderer Bundesländer die Lausitz weiter geschädigt werden soll.

Atomausstieg durch Erneuerbare Energien statt Braunkohle kompensieren

Eine Entscheidung für einen Braunkohleabbau, über den mit Vattenfall vertraglich vereinbarten
60 Zeitraum (2030) hinaus, hätte zur Folge, dass die Lausitz zu Gunsten eines Billig-Dreck-Strom-Exportes in andere Regionen in großen Teilen weiter verwüstet wird. Nicht zufällig erhöhen die großen Energiekonzerne jetzt den politischen Druck. Aufgrund des Atomausstiegs sind exorbitante Renditen, Vattenfall kalkuliert bsp. mit bis zu 15%, schwerer zu erzielen. Deshalb wird

65 nun auf billige Kohleverstromung gesetzt, statt die erneuerbare Energieversorgung konsequent auszubauen. So wie die unverantwortliche Produktion von Atomstrom bald der Vergangenheit angehören wird, sollte aber auch die Erzeugung von Strom durch Zentrale Kohlekraftwerken keine Zukunft mehr haben

Sozial-Ökologischen Strukturwandel konsequent voran bringen

70 Die Energiewende wird auf breite Zustimmung stoßen, wenn sie konsequent als sozial-ökologischer Strukturwandel betrieben wird. Wir setzen uns deshalb für einen breiten gesellschaftlichen Dialog ein, um darüber zu beraten, wie der Abschied von der Kohle auch sozial gerecht gestaltet werden kann. Darüber hinaus können Erneuerbare Energien dezentral und durch eine Vielzahl von Anbietern produziert werden. Hier gilt es sowohl zu verhindern dass sich große Konzerne dem entgegenstellen als auch dafür zu sorgen, dass sie in diesem Rahmen als gesellschaftlicher Akteur mitarbeiten. Durch die Energiewende erhalten wir somit neue politische Spielräume und Freiheiten.

80 *Heute bereits mehr Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien als durch Braunkohle in Brandenburg*

Alle verfügbaren Studien zeigen, dass die ökologische Transformation der Wirtschaft zu positiven Nettobeschäftigungseffekten führen wird.¹ Ein Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare-Energien-Strom bis 2030 in der gesamten Region Berlin-Brandenburg ist laut einer Studie des Reiner Lemoine Instituts nicht nur technisch möglich, sondern auch finanziell vorteilhaft und sozial verträglich. Den noch ca. 4800² Arbeitsplätze bei Vattenfall-Mining, die vom Braunkohletagebau abhängen, stehen bereits heute 11.540 Vollzeitarbeitsplätze³ alleine in Brandenburg im Bereich der Photovoltaik, der Biomasse und der Windkraft bereits gegenüber. Auch der Wegfall der heute in der Braunkohleverstromung vorhandenen Arbeitsplätze kann durch neue Arbeitsplätze im Bereich Erneuerbarer Energien zukünftig kompensiert werden. Daher fordern wir das Angebot von Umschulungsangeboten, für die Beschäftigten des Braunkohlesektors, um ihnen einen Einstieg in die regenerative Zukunft zu ermöglichen. Für eine gezielte und sozial verträgliche Umstrukturierung bedarf es jedoch jetzt einer klaren Entscheidung, den Braunkohleabbau nicht weiter auszuweiten.

95

1 vgl. Blazejczak/Edler: Strukturwandel und Klimaschutz. Wie Klimapolitik Wirtschaft und Arbeitswelt verändert - http://www.boell.de/downloads/Endf_Strukturwandel.pdf

2 vergl. S. 25 www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user.../Studie_Nr-50_web.pdf

3 vergl. IÖW-Studie für Greenpeace: 'Wertschöpfung und Beschäftigung durch Erneuerbare Energien in Brandenburg' vom Januar 2012

Der Green New Deal für Berlin und Brandenburg hat bereits begonnen

- Es ist unsere Aufgabe dies zu vermitteln und den Bürgern und BürgerInnen konkret aufzuzeigen,
- 100 welche Potenziale an Beschäftigung und Steuereinnahmen die erneuerbaren Energien im Gegensatz zur Braunkohle bringen können. Denn nicht nur im Bereich der Arbeitsplätze schneidet die Braunkohle immer schlechter ab: auch die Steuereinnahmen durch die Braunkohlenutzung sind massiv eingebrochen: Vattenfall Mining zahlt durch eine Umstrukturierung des Konzerns nur noch rund 10% der bisher anfallenden Steuern in der Lausitz: trotz eines steigenden Ge-
- 105 winns zu dem die preiswert geförderte Braunkohle kräftig beiträgt, erhält die Stadt Cottbus nur noch rund 2 statt bisher 20 Millionen Euro Steuereinnahmen, die Stadt Weißwasser nur 1,5 statt bisher 13 Millionen und der Kraftwerksstandort Boxberg 2 statt 12 Millionen Euro. Zudem sollen weitere 180 Millionen Ausgabenkürzungen vor allem durch Arbeitsplätzeabbau realisiert werden.
- 110 Für die Umwelt, für die Wirtschaft und für die Menschen fordern Bündnis 90/ Die Grünen die schnellstmögliche, sozialverträgliche Beendigung der Braunkohlenutzung und einen verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien.

115 **Begründung:**

- Gemeinwohl geht vor Partikularinteressen – das ist und bleibt einer der Kernaussagen bündnisgrüner Politik. Selten wird dies so deutlich, wie beim Thema Braunkohlenutzung. Dem Interesse, die Bilanzen weniger Stromkonzerne durch die kostengünstige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu verbessern, steht das Recht aller an einer intakten Umwelt entgegen.
- 120 Während Berlin bei der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien sehr großen Nachholbedarf hat, ist Brandenburg bereits weit voran geschritten. Für eine vollständige Ablösung der Braunkohle muss jedoch konsequent auf eine 100% erneuerbare Energiestrategie gesetzt werden. Nur so kann die Transformation in ein neues effizientes und umweltfreundliches Energiesystem gelingen. Das enge Zusammenspiel zwischen Stadt und Land, Sonne und Wind, Verbraucher und Erzeuger, kann in einer gemeinsamen Energiestrategie der Länder Berlin und Brandenburg z.B. mit Hilfe von Smart Grid und Hypergrid Technologien zu einer sicheren Infrastruktur und Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftsstrategie der Region werden.
- 125 Hand in Hand mit dem Vattenfall Konzern bereitet die Brandenburgische Landesregierung die systematische Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bewohner in den Lausitzer Gemeinden Schenkendöbern und Schleife vor, die durch die geplanten Braunkohle-Tagebaue Jäntschwalde-Nord und Nochten² mit der Zerstörung ihrer Heimat und Zwangsumsiedlung bedroht werden. Die geplante Zerstörung der Schleife Dörfer hätte auch fatale Folgen für die in der Lausitz seit über 1600 Jahren lebende Minderheit der Sorben. Die letzte noch intakte Sprachbrücke zwi-

135 schen dem Ober- und Niederlausitzer Sprachraum würde zerstört und die Auflösung der geschützten Minderheit beschleunigt.

Der Vertrag zur deutschen Wiedervereinigung enthält Bestandsgarantien für die Braunkohlepläne. Doch schon damals waren Grundlagen einer solchen Priorisierung der Braunkohle falsch, weil sie nicht dem Gemeinwohl dient, sondern grundlegende Rechte unserer demokratischen Gesellschaft missachtet.

140 Besonders absurd ist, dass die Enteignung auf Grundlage des Artikels 14 des Grundgesetzes erfolgt:

Art 14 Grundgesetz

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) **Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.** Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

145 Eine ganze Reihe hochrangiger in der Verfassung garantierter Rechtsgüter wird mit Verweis auf das veraltete Bergrecht geschädigt, für das der Bundesvorstand von Bündnis90/Die Grünen bereits einen Reformvorschlag vorgelegt hat. Elementare Rechte der Bevölkerung werden für den Braunkohletagebau außer Kraft gesetzt:

Eigentumsrecht:

150 Im Namen des Gemeinwohls werden noch heute Grundstücke für Braunkohletagebaue enteignet und eines der grundlegendsten Verfassungsrechte außer Kraft gesetzt, obwohl angesichts der sichtbaren Schäden und der unsichtbaren klimaschädlichen CO2 Emissionen aus der Braunkohlenutzung längst klar ist, dass der Abbau von Braunkohle nicht dem Gemeinwohl, sondern den Profitinteressen eines einzelnen Konzerns dient. Zur Energieerzeugung und zur Schaffung
155 von Arbeitsplätzen mittels Ausbeutung bzw. Zerstörung der Natur gibt es heute Alternativen: Angesichts von 100% erneuerbaren Energien, die in Brandenburg bei der Stromerzeugung bereits im Jahr 2020 erreicht werden können und dem weitaus höheren Anteil an Arbeitsplätzen, kann eine Zwangsentzug von Grundstücken für Braunkohletagebaue vor dem Verfassungsgericht keinen Bestand haben. Hemmnisse entsprechende Klagen von Betroffenen dort vorzubringen, müssen konsequent ausgeräumt werden, um eine überfällige juristische Klärung durch
160 das oberste deutsche Gericht herbeizuführen. Neue Rechtsgutachten legen aber nahe, dass der

rechtliche Spielraum des Gesetzgebers in Brandenburg besteht, dem unwürdigen Vorgehen selbst ein gesetzliches Ende zu bereiten.

Recht auf's eigene Dorf:

165 Die Zerstörung von Dörfern gegen den Willen der Bewohner, oft der gesamten Dorfgemeinschaft, verletzt auch deren fundamentale Menschenrechte. Seit 1989 wurden die Dörfer Laasdorf, Klingmühl, Gräbendorf, Neuberzdorf, Viereichen, Wolkenberg, Mocholz, Kausche, Altliebel, Horno, Haldemühl und Lakoma abgebaggert und 3800 Menschen ihre Heimat genommen. Das verletzt deren im Grundgesetz garantierten Rechte auf Freizügigkeit (Art 11 GG), freie Berufswahl (Art 12 GG) bei den betroffenen Bauern zum Beispiel, die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art 13 GG), das Erbrecht und das Eigentumsrecht (Art. 14 GG).

Minderheitenschutz:

Stück für Stück werden vor allem Sorbische Dörfer zerstört und für neue Braunkohletagebaue abgegraben. Durch die damit verbundene Zwangsumsiedlung wird deren kulturelle Identität vernichtet und der Minderheitenschutz der Verfassung missachtet. Das Zerreißen zusammenhängender Dorfgebiete zerstört auch gesamthaft den Sprachraum.

Denkmalschutz:

Während der Denkmalschutz die Nutzung von Solarenergie auf den Dächern denkmalgeschützter Häuser zu verhindern sucht, wird dieser für den Braunkohletagebau einfach außer Kraft gesetzt, wenn denkmalgeschützte Gebäude abgerissen oder, wie die aus dem 12ten Jahrhundert stammende Dorfkirche von Horno, einfach weggeschoben werden.

Umwelt- und Naturschutz:

Für den Braunkohletagebau wird Flora und Fauna des betroffenen Gebietes komplett abgeräumt. Dabei werden sogar europäische FFH-Naturschutzgebiete mit seltenen Tier- und Pflanzenarten aufgehoben und abgegraben, wie zuletzt geschehen am Hammergraben bei Cottbus. Auch der Urwald bei Hornow musste weichen.

Recht auf unversehrte Umwelt- und Lebensgrundlagen:

Braunkohletagebaue greifen massiv negativ in den Wasser- und Naturkreisläufe der Region ein: einerseits indem weite Bereiche um die Tagebaue trocken gepumpt werden, um das Grundwasser abzusenken, andererseits, indem der gesamte natürliche Boden, Flora und Fauna abgeräumt werden. Die Zerstörung der Naturlandschaften reduziert auch Wasserspeicherung, Verdunstung und Regenbildung. Lokal zerstören diese Maßnahmen in der sowieso trockenen Lausitz den natürlichen Wasserhaushalt. Staubentwicklung reduziert die Lebensqualität in der Lausitz zusätzlich. Das abgepumpte Wasser beinhaltet unter anderem krebserregende Sulfate und fließt mit der Spree nach Berlin, wo es in die Uferzonen z.B. des Müggelsees einsickert, die der Trinkwassergewinnung Berlins dienen. Zusätzliche Gefahren mit unabsehbaren Folgen für das Grundwasser entstehen durch die geplante CO₂-Verpressung. Ob mit oder ohne CCS gefährdet die Braunkohlenutzung die Versorgung mit sauberem Trinkwasser in Berlin.

Klimaschutz:

200 Bei keinem anderen Energieträger entstehen mit der Umwandlung in Strom mehr CO₂-Emissionen, als bei der Braunkohle. Ein Großteil der Energie verpufft zudem als Wärme durch den Schornstein der Kraftwerke. Wollte man mit Hilfe der unerprobten CCS Technologie das CO₂ aus den Abgasen herausfiltern und unterirdisch verpressen, würde sich der Wirkungsgrad nochmals verschlechtern. Während die Gewinne aus den billig dem Vattenfall-Konzern zur Verfügung gestellten Abbaurechten in andere Regionen abwandern, werden die Folgen der Klimaerwärmung in Form von Sturmschäden, Überschwemmungen und Ernteaussfällen durch die Bürger getragen.

Verursacherprinzip und wirtschaftliche Gleichbehandlung:

210 Vattenfall erhält durch zu geringe oder nicht erhobene Förderabgaben, genauso wie durch die weitgehende Befreiung von Wasserentnahmeentgelten Jahr für Jahr indirekte Subventionen⁴. Die im Vergleich zu anderen Brennstoffen lächerliche Besteuerung der Braunkohle verschafft ihr einen nicht zu rechtfertigenden Kostenvorteil und steht in keinem Verhältnis zu den unfassbaren Schäden durch die Ausbeutung und Verbrennung der Vorkommen. Für die Renaturierung der Hinterlassenschaften der DDR-Braunkohlewirtschaft wurden bereits 9 Mrd. €⁵ an Steuergeldern aufgebracht. Angesichts der langfristigen Umweltschäden, besonders beim Grundwasser und bei der Klimaerwärmung auch über die Region hinaus, ist nicht sichergestellt, dass Vattenfall hierfür auch Entschädigung leistet. Dem Land Brandenburg entsteht durch die subventionierte Rohstoff- und Wasserbereitstellung ein schwerer wirtschaftlicher Schaden der in den Taschen von Vattenfall landet, anstatt z.B. für die Sanierung von Schulen zur Verfügung zu stehen. Während Vattenfall die Gewinne und Steuern anderswo zahlt, bieten erneuerbare Energien wesentlich mehr regionale Wertschöpfung. Die Ungleichbehandlung und Priorisierung der Braunkohle muss endlich ein Ende haben, da sie durch keinen Umstand mehr zu rechtfertigen ist. Zu Recht würden jedem die Haare zu Berge stehen, wenn wegen des beabsichtigten Baus eines Wind- oder Solarparks mehr als 1000 Jahre alte Dörfer abgerissen, Naturschutzgebiete gerodet und die Grundstücke zwangsenteignet würden.

Die Grünen Berlins stellen mit Entsetzen fest, dass die rot-rote Landesregierung des Nachbarlandes in verantwortungsloser Weise die Entwicklungsmöglichkeiten, die eine vollständig nachhaltige Energiestrategie auf der Basis Erneuerbarer Energien für die gesamte Region Berlin-Brandenburg bieten würde, ausschlägt, um die kurzfristigen Profitinteressen eines dominierenden Energiekonzerns staatlich abzusichern. Diese verfehlte Politik zerstört nicht nur regional eine Jahrhunderte alte Kulturlandschaft sondern gefährdet auch über die Grenzen Brandenburgs hinaus die Wasserversorgung Berlins und das weltweite Klima.

4 http://www.foes.de/pdf/Kohlesubventionen_1950_2008.pdf

5 <http://www.lmbv.de/pages/pressemitteilung.php?idpage=3354>

Das Braunkohlekraftwerk Jänschwalde, welches durch die geplanten Tagebaue langfristig gesichert werden soll, ist gemessen am CO₂-Ausstoß das viertschmutzigste in ganz Europa. Es bläst 64% der Brandenburger CO₂-Emissionen in die Atmosphäre und macht Brandenburg mit weiteren Drecksschleudern wie dem Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe, zum Bundesland mit dem höchsten pro Kopf CO₂-Ausstoß. Braunkohlekraftwerke sind die Dinosaurier der fossilen Energieversorgung, nicht nur wegen ihrer extrem hohen CO₂ Emissionen, sondern auch, weil sie technisch nicht in der Lage sind ihre Leistung ausreichend flexibel der wechselnden Einspeisung Erneuerbarer Energien anzupassen. Auch der jüngst herausgegebene Entwurf der Energiestrategie 2030 der Brandenburgischen Landesregierung baut darauf, die Netze mit dreckigem Braunkohlestrom zu verstopfen anstatt die Zukunft frei zu machen für Investitionen in Erneuerbare Energien und moderne flexible Gaskraftwerke.

Das bisherige Versprechen der rot-roten Landesregierung ein neues Braunkohlekraftwerk nur mit CCS-Technologie an diesem Standort genehmigen zu wollen, basierte auf der weder juristisch noch technisch, noch wirtschaftlich umsetzbaren Technologie der CO₂-Abscheidung, des Transportes und der Verpressung. Nachdem diese Strategie nun ins Wanken kommt, will die Brandenburger Landesregierung sogar neue Braunkohleblöcke ohne CCS genehmigen und dem Klimaschutz so eine weitere Absage erteilen. Für die sichere Stromversorgung ist der Betrieb der Braukohlekraftwerke schon heute nicht mehr nötig, denn Brandenburg exportiert 50% seiner Stromerzeugung in andere Bundesländer.

Mit der Braunkohlenutzung würde nicht nur die Zerstörung der Lausitz zementiert werden. Mit der noch im Versuchsstadium befindlichen Technologie zur Verpressung von CO₂ im Boden (CCS) will Vattenfall die Emissionen des Kraftwerks im Boden des Landkreises Märkisch-Oderland verschwinden lassen. Damit droht auch die Natur und menschliche Lebensgrundlage dieses Landkreises für die Braunkohle geopfert und zu einem unsicheren Versuchsfeld für eine unerprobte CO₂ Endlagertechnologie unter dem Boden zu werden. Der im Entwurf zur Brandenburgischen Energiestrategie 2030 geäußerte Alternativ-Vorschlag, die CO₂-Abgase per Fernleitung an die Nordsee zu transportieren, um sie dort in leergepumpten Erdölkavernen zu verklappen mutet so vertrauensvoll an wie der Beschluss den Salzstock Asse als Atomlager zu nutzen. Die dafür notwendigen Investitions- und Folgekosten sind bisher nicht abzuschätzen.

Wir fordern die Brandenburgische Landesregierung auf die Zerstörung der Lausitz durch den Braunkohleabbau und Verbrennung schnellstmöglich zu beenden und nicht länger als Bremse der Energiewende zu agieren. Wer für die Region Entwicklung zu mehr Lebensqualität, Innovationen für mehr Effizienz, weniger Emissionen und vermehrte Investitionen in zukunftssichere Arbeitsplätze will, darf jetzt nicht an den Braukohle-Dinosauriern festhalten, sondern muss sich neuen, sauberen Technologien zuwenden. Wir wollen keine Abbaggerung für Steinzeittechnologie, sondern neue Perspektiven, welche die Region für die Bewohner beider Länder und ihre

Kinder attraktiv macht. Energieeffizienz und Erneuerbare Energien haben sich in den letzten 20 Jahren zu zuverlässigen, und preiswerten Alternativen entwickelt, die in der Region laut einer Erhebung aus 2011 schon jetzt annähernd genauso viele Arbeitsplätze bieten, wie die zerstörerische Braunkohlewirtschaft.

- 275 Der von der Brandenburgischen Landesregierung vorgelegte Entwurf zu einer neuen Energiestrategie des Landes verhindert die schrittweise Abkehr von der Braunkohle und den zügigen Umbau der Wirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit, zukunftssicheren Arbeitsplätzen und regionaler Wertschöpfung. Stattdessen riskiert eine solche Strategie einen Kollaps von Natur und Umwelt, zugunsten der Interessen von Vattenfall und gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung.
- 280 Bündnis90/Die Grünen in Berlin setzen sich für eine Vorreiterregion Klimaschutz Berlin-Brandenburg ein und fordern den Berliner Senat wie die Brandenburgische Landesregierung auf, das Braunkohlezeitalter zügig zu beenden, um der Wirtschaft das Signal zu geben, mehr und schneller in eine saubere und sparsame Energiewirtschaft zu investieren. Berlin als nicht unerheblicher Konsument von dreckigem Braunkohlestrom und Deutschlands Schlusslicht bei der
- 285 Nutzung erneuerbarer Energien benötigt dringend Entwicklungshilfe aus dem Nachbarland und kann sich auch für die erfahrenen Brandenburger Handwerksbetriebe zu einem attraktiven Markt z.B. bei der Installation von Solar-, Wind- oder Geothermieanlagen entwickeln. Bei der Schließung der Tagebaue und dem Abschalten der Braunkohle-Kraftwerke werden wir uns für die Mitarbeiter genauso solidarisch einsetzen, wie wir es heute für die Bewohner der
- 290 von Abaggerung bedrohten Orte in der Lausitz tun. Zu einer verantwortungsvollen Energiewende gehört es, sozialen Härten mit Chancen und Perspektiven zu begegnen. Dabei hat sich in den vergangenen 20 Jahren nach der Wende bereits gezeigt, dass die Arbeitsplatzversprechen der Braunkohle stets gebrochen worden sind, während die Branche der erneuerbaren Energien stets neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Wir sind bereit für einen „Green New Deal“ in der
- 295 Region Berlin-Brandenburg!

AntragstellerInnen:

LAG Energie

LAG Wirtschaft